

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Ed. J. Staatbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Markst. und Dresden-Litzsch.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 4. Woche vom 10. November bis 10. Dezember 1923 1,50 Mark. Einzelnummer 40 Pfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositzeile 30 Pf., die 30 mm breite Kompositzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen: Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 266

Dresden, Donnerstag den 15. November 1923

34. Jahrg.

## Die Internationale des Hafenkreuzes

Bahndel die Reichsregierung noch nach dem wackeren Kapitän Ehrhardt, den Flüchtling von Leipzig, der seine Prinzessin von Kohentse mutig im Stich ließ, um seinen Kopf zu retten? Wenn ja: Er wuchelt und konspiriert in Bayern lustig weiter, ohne daß ihm die Behörden ein Quarantänestempel als Bedner aufstellten. In der Münchener Universitätszeitung "Die Nation" und in der "Kriegs- und nationalen Revolution" und hat die Vaterländischen Verbände, sich ihm angeschlossen. Hinter ihm ständen bereits außer seinen eigenen Organisationen der Bund "Oberland" und die Madjaren. Was unter den "Madjaren" zu verstehen ist, und welche internationale Hafenkreuzer-Verbindung damit angedeutet wurde, das geht aus dem folgenden Artikel hervor, den wir unserm Lesepublikum, der Freiheit, entnehmen.

Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat nach der Wiener Arbeiterzeitung die ungarische Regierung die Verhaftung des Abgeordneten Main angeordnet. Eine in Budapest residierende Ententegeandtschaft machte sie darauf aufmerksam, daß ein Konflikt basierte Material über die Aufstellungen der "Erwachenden Ungarn" und der mit ihnen verbundenen Gruppen dieser Geandtschaft und der ungarischen Regierung zur Verfügung gestellt hat, und fragte bei ihr an, was sie gegen diese nicht ganz unerwünschte Gefahr zu unternehmen gedenke. So ist Graf Bethlen in eine Zwangslage verlegt worden: ließ er die Main, Gömbös und den mit ihnen verbundenen Gorthy gewähren, dann war es um die Auslandskanäle gefahren, dann war die Regierung überführt, daß sie mit den Erwachenden unter einer Decke stehe. So mußte die Regierung Bethlen gegen die Erwachenden zu einem Schliche auszuholen, und so ist heute der Abgeordnete Main im Polizeigewahrsam, weil, wie es in den Budapest-Beitragungen angedeutet wird, bei ihm ein Dokument gefunden wurde, in dem er dem ungarischen Kaiser das Waffenbündnis Gorthy-Ungarns anbietet.

Die bayerischen und die madjarischen Hafenkreuzer bereiten einen Putsch vor, dem nicht nur innenpolitische Bedeutung ausgedacht war. Seit Monaten kamen in größeren oder kleineren Gruppen bayerische Hafenkreuzer nach Budapest. Sie fanden dort gütliche Aufnahme. Sie konnten dort militärische Übungen abhalten, und vor allem waren sie Anführer für den Bürgerkrieg. In dem Verein der Erwachenden Ungarn gingen sie ein und aus, und sie waren willkommen Gäste der Politiker, die die engsten Beziehungen zum Reichsverweser Gorthy unterhalten.

Es liegen keine Beweise dafür vor, daß die Bewegung von Anfang an so geplant war: daß sie sofort auch auf Oesterreich übergriffe. Es wird zwar aus Budapest berichtet, daß zwei Expositoren dieser bayerisch-madjarischen Hafenkreuzerinternationale im Burgenlande bestanden sollen, von denen die eine ihren Sitz in Sauerbrunn habe. Aber die Brücke zwischen Bayern und Ungarn bildet doch Oesterreich, und eingeleitet zwischen zwei faschistischen Konterrevolutionen würde, was offenbar die Meinung, die Stellung der demokratischen Republik noch schwieriger werden, als sie schon ist. Dabei ist in Debenburg, das so nahe der österreichischen Grenze liegt, ein Mittelpunkt der Bewegung; in dem Benediktinerkloster hat das Gelächter von Budapest und München sein Hauptquartier, und der Vater Johann Kraus ist der Vertrauensmann in dem zwischen Budapest und München abgekarteten Spiel.

Der "Vertrag", der bei dem Abgeordneten Main gefunden wurde, richtet seine unmittelbare Spitze gegen die Tschechoslowakische Republik. Sie ist unter der "dritten Macht" gemeint, gegen die sich die Gömbös und Giller gegenfällige Waffenhilfe versprochen. Man soll dieses Bunde natürlich nicht zu ernst nehmen, es ist ein gut Stück Überanmaß dabei; aber es ist dennoch ein Beweis, daß die konterrevolutionären Organisationen in allen Ländern Waffen und Munition haben, daß die Macht des Staates selbst und der internationalen Kontrolle nur dazu ausreicht, die demokratischen und sozialistischen Kräfte zu entwaffnen, aber ihre Ohnmacht offenkundig wird, wenn es sich um die reaktionären Kräfte handelt.

Waffen, Munition, die vielen Reisen, die Unterhaltung von diesem ganzen Schwarm von Abenteurern, die geheime Armee und die wilde Diplomatie, alles das kostet aber viel Geld. Wer kommt für diese Kosten auf, wer unterhält die illegalen Armeen, die schon in so vielen Ländern den Umsturz herbeiführt haben? Es sind in Bayern und in Gorthy-Ungarn die Staatskassen, die für diese Zwecke geplündert werden. Es sind die Gelder des Großkapitals, die für die Ausrüstung dieser Armeen vorgestreckt werden. Wer die Budapest-Verhandlung hat auf eine Duell hingewiesen, von der man dies und jenes auch schon früher hörte, der man aber so unabweislich nichts nachweisen konnte wie in diesem Fall. Es wurde schon des öfteren gesagt, daß die Hafenkreuzerbewegung nicht nur von Stinnes und seinen Kumpanen, sondern auch von dem reichsten Mann Amerikas, von Henry Ford, unterstützt, ja finanziert wird. Ford, der erfolgreichste amerikanische Industrielle der neuen Zeit, ist außerhalb seines Geschäftes ein Spargeist, ein Narr, voll der merkwürdigsten und der wertvollsten Schranken. Während des Weltkrieges fuhr er mit seinem Lieblingsschiff nach Europa

und da es sich hier als ein Karrenschiff entpuppte und verlor, wurde Ford ein wütender Reaktionsär und "macht" heute nicht nur in Autos, sondern auch in Antisemitismus.

An sich ist es ganz verständlich, warum die madjarischen Faschisten mit allen diesen Mitteln daran arbeiten, um den ihnen ja sonst so genehmen Grafen Bethlen aus dem Wege zu räumen. Wahrhaftig, um reaktionär zu regieren, jede Freiheit zu unterdrücken, wenn auch langsam und behutlich Krieg und monarchistische Restauration vorzubereiten, dazu bedürfte es ja in Ungarn keiner andern Regierung. All dies besorgt Graf Bethlen vortrefflich. Aber die madjarischen Konterrevolutionäre sehen, daß die Stellung des Grafen Bethlen unhaltbar geworden ist, daß sich in dem Lande, das all das schon hinter sich hat, was in Deutschland verjagt wird, die Kräfte der Demokratie aufrufen und drängen, die Konterrevolution zu liquidieren. Sie wollen diesem unabweisbar erscheinenden Augenblick zuvorkommen, und müssen das System Bethlen stürzen, dann wollen sie, daß der Sturz durch den Faschismus und nicht durch die Demokratie erfolge. Seit Mussolinis Marsch nach Rom wimmelt es in allen von den Nachwehen des Krieges geschüttelten Ländern von Diktatoren in Latzform, und Herr Gömbös meint, daß das, was Bantow in Bulgarien, Primo di Rivera in Spanien gelungen ist, wozu sich Hitler anstrebte, auch ihm in Gorthy-Ungarn gelingen könnte. Sind die Gömbös und Main auch sehr unzulängliche Mittel der Durchsetzung einer geschichtlichen Tendenz, so werden sie durch die Erstarkung der reaktionären Kräfte in der ganzen Welt getragen. Diese reaktionären Kräfte stützen sich gegenseitig in allen Ländern: Mussolini ist der Schutzherr der ungarischen Konterrevolution, er ist der Beschützer der bulgarischen Faschistenregierung, und vielleicht das Bedeutendste an diesem ungarischen Putschplan ist die Tatsache, daß Mussolini über Budapest den deutschen Faschisten die Hand reichet. Direkt kann er dies nicht tun; da sind die Erinnerungen aus der Kriegszeit, da ist die Rücksicht auf den französischen Verbündeten ein noch so großes Hindernis. Aber wie er den Faschistengeneral Primo di Rivera in den nächsten Tagen in Rom als Gast begrüßen wird, wie er seine Hand bei dem Umsturz in Bulgarien mit im Spiele hatte, so steht er auch mit seinen Anhängern hinter den erbärmlichen Figuren der Giller und Main. Es ist die Internationale des Hafenkreuzes, die Internationale des folgebewandenen Nationalismus, der sich in allen diesen Ereignissen befindet. Nicht die politischen Untersuchungs- und vielleicht morgen schon die Vertuschungsversuche des feudalen Grafen Bethlen, sondern nur die jetzt noch gespalteneren Kräfte der Arbeiterklasse können dieser stets wachsenden Gefahr die Stirn bieten.

## In der Hungerkatastrophe

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Die hemmungslos fortschreitende Verwüstung der Finanzen des Reiches, der Löhner und Kommunen und der daraus folgende Währungsverfall haben zu einer Störung in der Produktion, zu einer Nozarchie in der Preisbildung

## Eine verhängnisvolle Wendung

„Vorübergehende“ Preisgabe des besetzten Gebietes?

Mit dem Eintritt des früheren Oberbürgermeisters Dr. Jarres als Innenminister in das Kumpfkabinett des Reiches hat die deutsche Außenpolitik eine verhängnisvolle Wendung genommen, gegen die sich vor Wochen selbst Herr Stresemann als Reichsfänger im Reichstag wie in den Verhandlungen mit den Parteiführern und schließlich in den unter seinem Vorsitz abgehaltenen Kabinettsitzungen der großen Koalition gewandt hat. Es scheint überhaupt, daß der neue Reichsinnenminister sein Amt nur unter der Voraussetzung einer vollkommenen Aenderung in dem bisher auf Verständigung eingestellten Kurs der Außenpolitik angetreten hat. Denn bereits in seiner am Dienstag vor den Beamten des Innenministeriums gehaltenen Antrittsrede spielte er leichtfertig mit dem „vorübergehenden“ Verlust des Ruhrgebietes und vermessend zum Trost für den geplanten Landesvertrag auf die bereits wiedererstehende „Sonne“.

Eine Stunde später zeigte sich der bisherige Verständigungspolitiker Stresemann dem eiligst zusammengerufenen Jünzschernauschuß der besetzten Gebiete als getreuer Anhänger der von Jarres und den Deutschnationalen seit Wochen vertretenen, von ihm aber noch vor wenigen Tagen bekämpften Außenpolitik. Ueber Nacht ist er sich also auch außenpolitisch untreu geworden, nachdem er innenpolitisch bereits vor der deutschnationalen Straße kapituliert hat. Scheinbar glaubt er so endgültig den Befähigungsnachweis für die Leitung einer Regierung des Bürgerblocks zu erbringen. Jetzt soll die deutschnationale Katastrophepolitik verwirklicht und in der Praxis mit Frankreich „gebrochen“ werden. Es ist beabsichtigt, bis zum 15. oder 25. November alle für das Ruhrgebiet bisher noch geleisteten Unter-

stützung und zu einer Unterbezahlung der Arbeitskraft geführt, die eine Hungerkatastrophe in gefährliche Nähe rücken. In den besetzten Volkswirtschaften besteht die Auffassung, daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzulänglich und teilweise einseitig unter allzu großer Schonung leistungsfähiger Volkswirtschaften getroffen worden sind. Die Unterzeichneten fragen deshalb die Reichsregierung:

1. Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen?
2. Wie hoch sind die täglichen Ausgaben und Einnahmen?
3. Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten, in Ostmark berechnet?
4. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt? Wie denkt sie sich insbesondere das Verhältnis der Reichsfinanzen zu denen der Länder und Gemeinden?
5. Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in eine werbefähige Münze oder in ein werbefähiges Zahlungsmittel?
6. Ist sichergestellt, daß die Reichsbank vollständig kreditlos auf Goldbasis läßt?
7. Wer trägt die Verantwortung für die Verschleuderung der Goldreserven und die dadurch bewirkte Schädigung der Reichsfinanzen; welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die durch die verabschiedete Zuteilung von Goldreserven entstandenen Privatgewinne für das Reich zu beschlagen zu können?

## Der Reichstag regt sich

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der Reichstag tagen sollte, wurde plötzlich bereits am Mittwoch abends, zu einer Sitzung zusammenberufen, um zu der Frage der Einberufung des Plenums Stellung zu nehmen. Die Regierung ersuchte dringend, den Zusammentritt des Reichstags bis zur nächsten Woche zu verschieben. Dagegen wurde von den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei betont, daß man nach früheren Erklärungen der Regierung mit der Einberufung des Plenums noch im Laufe der jetzigen Woche hätte rechnen dürfen. Es folgten längere Auseinandersetzungen, wobei die Vertreter der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums den Vorschlag machten, man sollte sich mit einer Einberufung für den nächsten Donnerstag abfinden. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, daß der allerhöchste Termin, dem sie ihre Zustimmung geben könnten, der kommende Dienstag wäre, nachdem von Zentrumsseite gegen eine frühere Einberufung der Einwand erhoben worden war, daß zahlreiche Abgeordnete aus den besetzten Gebieten infolge bereits eingegangener Verpflichtungen vor Dienstag nicht in Berlin sein könnten.

Von bürgerlicher Seite wurde ferner der Einwand erhoben, daß am Mittwoch nicht getagt werden könnte, weil dieser Tag der „Dahlag“ sei. Daraufhin erklärte Genosse Hermann Müller, man müßte, so wie die Verhältnisse heute lägen, unter Umständen auch am Dahlag tagen, und wenn an diesem Tage eine neue Regierung gebildet werden müßte, so wäre es durchaus zweckmäßig, daß sie als „Dahlagregierung“ ihre Tätigkeit beginne. Der Wahlsieger (Bürgerliche Volksp.) wies die Frage der Möglichkeit einer Regierungserklärung auf. Genosse Müller bemerkte dazu, daß auch die Sozialdemokratie die Auffassung vertritt, daß, wenn eine Regierungserklärung ausbrechen würde, die neue Regierung unverzüglich gebildet werden müßte, sonst würde nur die Auflösung des Reichstages übrig bleiben, die zu sehen die Sozialdemokratie keine Veranlassung habe. Schließlich entschied sich die Mehrheit des Reichstages für die Einberufung des Plenums am Dienstag vormittag.

stärkungen, insbesondere die Beiträge an die Erwerbslosen und Sozialrentner, zu sperren und die Verantwortung für die Existenz der Arbeiter unter den Armen der französischen und belgischen Regierung als Belastungsmächte zu überlassen.

Aus den Erklärungen des neuen Reichsinnenministers ergibt sich, daß die Beschlüsse der Außenpolitik sich über die Folgewirkungen ihrer Maßnahmen vollkommen klar sind. Denn Herr Jarres hat von einem vorübergehenden Verlust des Ruhrgebietes gesprochen. Es werden also jetzt von amtlicher Seite durch die Praxis Bestrebungen in den besetzten Gebieten unterstützt, die von der Bevölkerung dieser Gebiete monatlang bekämpft und deren Verwirklichung erst in den letzten Wochen unter großen Wüsten verhindert worden ist. Auch wir verkennen keineswegs die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich das Reich heute befindet und wissen sehr wohl, daß die wahnwitzige Politik Poincarés hierzu ihr wesentliches Teil beigetragen hat. Dennoch sprechen wir der Regierung das Recht ab, jene jetzt beabsichtigte Politik zu treiben, weil wir der Auffassung sind, daß noch längst nicht alle finanziellen Kräfte zur Beseitigung unserer Lage in unbesetzten Gebiete erschöpft wurden, und damit keine Berechtigung zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen gegeben ist. Wir lehnen es ab, dem Kumpfkabinett Stresemann auf dem jetzt beschrittenen Wege zu folgen und einen Teil deutscher Staatsbürger mit unserer Zustimmung in die Hände derjenigen zu spielen, gegen die sie bisher unter großen Opfern bis auf äußerste gekämpft haben. Bedürftige deutsche Volksgenossen für Vorkesslungen der Reichspolitik und den Wahnsinn des französischen Ministerpräsidenten hühen zu lassen, und sie